

Zum Bericht von Frau Minister Gehrler an den Ministerrat – vulgo politische Eckpunkte:

Ao.Prof.Dr. Günther Lorenz, Stellvertretender Senatsvorsitzender
Vorsitzender des UniversitätslehrerInnenverbandes in Innsbruck

An sich ist der Bericht an den Ministerrat kaum einen Kommentar wert. Es ist gekommen, was man schon lange erwarten konnte: Herr Sektionschef Höllinger hat durch den Mund der Frau Minister zum Ministerrat gesprochen. Es braucht keine großartige Stilanalyse, um sein Positivgefasel (Wettbewerb, Kräftedreieck, klare Verantwortlichkeiten, Entlastung der Studierenden von Gremienarbeit...) in dem Text wiederzuerkennen. Auf die zweideutige Haltung der Rektorenkonferenz kann er sich auch verlassen – die Herren Winckler, Wojda und Skalicky haben bereits entsprechend agiert.

Neu und konkret ist die Zumutung an den Mittelbau, sich mit zwei Vertretern im zukünftigen (ohnehin entmachteten) Senat zufriedenzugeben. Sie kann natürlich nur als Provokation aufgefaßt werden und wird eine entsprechende Antwort erfahren. Weitere Zumutungen an alle (!) universitären Gruppen sind absehbar, dafür wird man aber die angekündigte Punctuation abzuwarten haben. Nur zwei Grundmotive der ministeriellen Initiativen und diverser Stellungnahmen seien hier noch kurz angesprochen:

Das bestehende Mitbestimmungsmodell, das einigen Herren unbequem ist, wird nicht eingehend im Hinblick auf Stärken oder Schwächen debattiert, sondern einfach mit der Floskel diskreditiert, es sei ‚überholt‘ oder ‚ein alter Zopf‘. Man muß sich klar sein, daß in einem solchen Satz keinerlei Sachargument steckt. Wer sich mit dieser Argumentationsqualität zufrieden gibt, müßte auch den Satz unterschreiben, daß England endlich eine autoritäre Staatsform braucht. Schließlich ist die Demokratie nirgendwo in Europa so ein alter Zopf wie dort.

Gleichzeitig wird den Mitgliedern der universitären Kollegialorgane nach dem früheren UOG 1975 und nach dem geltenden UOG 1993 ständig unterstellt, daß sie im Schutz der Gremien unverantwortliche Entscheidungen getroffen hätten.

Die Amtsträger, die durch diese Gremien in ihre Funktionen berufen wurden, sollten sich überlegen, ob sie bei einer anderen Regelung der Bestellung und Wahl jemals eine Chance gehabt hätten, zu ihren Ämtern zu kommen, und auch so manche Professoren müßten eigentlich ihre Stellen zur Verfügung stellen, auf die sie durch so schreckliche, weil relativ demokratische Berufungsverfahren gekommen sind.

Auch das Zetern über die Sitzungsbelastung muß hinterfragt werden. Ein großer Teil dieser Belastung ist jedenfalls in den letzten Jahren den ständigen Reformaufträgen durch die Regierung zuzuschreiben. Abgesehen davon wird eine so große und komplexe Institution wie eine Universität immer einen beträchtlichen Bedarf an internen Beratungen haben. In einer autoritär gemanagten Universität, wie sie jetzt ins Auge gefaßt wird, werden die Sitzungen eben Besprechungen heißen. Die Entscheidung darüber, wer daran teilnehmen soll und wer nicht, wird allerdings undurchsichtiger und willkürlicher werden als bisher. Tendenziell werden die Hierarchisierung und das Personengeflecht, das entstehen wird, Jüngere, Schwächere und Abhängige benachteiligen. Die Sozialisation der Studierenden und der jungen Wissenschaftler an der hohen Schule wird wieder etwas mehr dem bekannten Radfahrerprinzip folgen: Nach oben buckeln und nach unten treten. Womit wir wieder beim Zeitgeist wären ...